

## Angriff auf Libyen, Teil 2

# Das Trio infernale speit weiter Feuer auf Libyen

## BRD auf dem Sprung – BRICS-Staaten bauen Abwehrfront auf

20.4.2011 Die junge Welt vom vergangenen Wochenende, 16./17. April, schreibt: „Die Tochter Ghaddafis rief am Freitag in der libyschen Hauptstadt Tripolis zu einem Ende der NATO-Angriffe auf. »Lasst unseren Himmel mit euren Bomben in Ruhe«, rief Aisha laut AP mit hochgestreckter Faust vor Hunderten jubelnden Libyern. »Wir sind ein Volk, das nicht besiegt werden kann.« Tags zuvor hatte das Staatsfernsehen Aufnahmen gezeigt, auf denen Ghaddafi in einem offenen Geländewagen stehend durch die Straßen von Tripolis fährt. Die NATO hatte an diesem Tag wieder Ziele in der Hauptstadt bombardiert.“<sup>1</sup>

Das Trio infernale speit weiter Feuer auf Libyen und ließ einen Brandbrief los. Die führenden Politiker der Koalition haben sich in einem Brief, der am vergangenen Freitag, 15. April, in der britischen „Times“, dem französischen „Figaro“ und der „Washington Post“ gedruckt wurde, auf eine ultimative Linie eingeschworen. „Gaddafi muss weg, für immer“, schrieben US-Präsident Barack Obama, der britische Premier David Cameron und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy. Solange Gaddafi an der Macht sei, müssten die Nato und ihre Partner die Militäroperationen weiterführen.

Das weitere militärische Vorgehen wollten EU und NATO auf einer informellen Sitzung in der vergangenen Woche, 11.-17. April, beraten. Auf dem Außenministertreffen des Militärpakts am Donnerstag und Freitag, 14. und 15. April, in Berlin wurde lediglich das Kriegsziel bekräftigt: Ghaddafi muss weg.

Die Europäische Union beschloss derweil ein Einsatzkonzept für eine Militärintervention in Libyen. Zuletzt hatte Schweden seine Ablehnung aufgegeben. Voraussetzung für den Einsatz ist eine offizielle Anfrage des UN-Büros für humanitäre Angelegenheiten (OCHA), die aber weiter ausbleibt. Anders als bei den NATO-Angriffen will die Bundesregierung an der EU-Missi-

on deutsche Soldaten direkt beteiligen.<sup>2</sup> In aller Stille hat der Europäische Rat im Windschatten des NATO-Engagements bereits am 1. April seine Bereitschaft erklärt und Beschluss gefasst<sup>3</sup>, die europäische Streitmacht EUFOR Libya zur Unterstützung humanitärer Hilfe einzusetzen, wenn von den Vereinten Nationen die entsprechende Anfrage kommt. Wir zitieren aus dem Ratsbeschluss der EU:

„Artikel 1

Auftrag

(1) Zur Untermauerung der Mandate der Resolutionen 1970 (2011) und 1973 (2011) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen führt die Union, wenn sie vom Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angele-



„We fight on until Gaddafi goes“ – Schlachtruf der Kriegsherren in den führenden Blättern der Welt am 15. April

genheiten (OCHA) darum ersucht wird, im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine Militäroperation, im Folgenden »EUFOR Libya« genannt, zur Unterstützung der humanitären Hilfe in der Region durch. Bei der Operation werden die Leitlinien für den Einsatz von Militär- und Zivilschutzmitteln zur Unterstützung humanitärer Maßnahmen der Vereinten Nationen in komplexen Notsituationen und der Leitfaden für den Einsatz von ausländischen Militärmitteln zur Unterstützung humanitärer Einsätze im Rahmen der derzeitigen Krise in Nordafrika vollständig eingehalten.

(2) EUFOR Libya unterstützt, wenn

das OCHA darum ersucht, dieses politische Ziel, indem sie unter uneingeschränkter Beachtung der in Absatz 1 genannten Leitlinien und des dort genannten Leitfadens

– einen Beitrag zum sicheren Transport und zur Evakuierung von Vertriebenen leistet,

– die humanitären Hilfsorganisationen durch spezifische Fähigkeiten bei ihrer Arbeit unterstützt.

Artikel 2

Ernennung des Befehlshabers der Operation der EU

Konteradmiral Claudio GAUDIOSI wird zum Befehlshaber der Operation der Europäischen Union EUFOR Libya ernannt.

Artikel 3

Bestimmung des operativen Hauptquartiers der EU

Das operative Hauptquartier der EUFOR Libya befindet sich in Rom.

Artikel 4

Planung und Einleitung der Operation

Der Beschluss zur Einleitung der Militäroperation der Europäischen Union wird vom Rat im Lichte einer aktuellen Risiko- und Bedrohungsanalyse gefasst, nachdem der Operationsplan und die Einsatzregeln gebilligt wurden.<sup>4</sup>

Der Militärjournalist Thomas Wiegold schreibt dazu: „Von deutscher Seite wird wohl geplant, Teile der EU-Battlegroup unter niederländischer Führung dafür abzustellen, für einen robusten Hilfeinsatz. Heisst im Klartext: Kein Kampfeinsatz, aber schon eine bewaffnete Mission – und damit ist dafür auch ein Bundestagsmandat erforderlich.“<sup>5</sup>

Auf der Webseite Bruxelles2, die sich mit Europäischer Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik befasst, wird verbreitet, dass verschiedene Länder bereits ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der EU-Militäroperation erklärt haben. Dazu sollen Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich, Finnland, Tschechien, Malta... zählen.<sup>6</sup> Zu den Einheiten, die im ersten Halbjahr 2011 in der Bundeswehr für die EU Battlegroup vorgeplant und zertifiziert sind, zählt auch das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte, Ulm, Voraus- und Erkundungskommandos des Military Strategic Information Gathering Team (MSIGT) oder des Operational Liaison and Reconnaissance Team (OLRT).<sup>7</sup>

Nach zahlreichen diplomatischen Konsultationen in der Libyen-Frage vergangene Woche (11.-17. April), ei-



Bab El Aziziah, Tripolis, 14. oder 15. April 2011: Aisha Gaddafi, eine Tochter Muammar Gaddafis, spricht zum 25-jährigen Gedenken an den Luftangriff der USA gegen Ziele in Libyen im Jahr 1986. Die USA hätten damals viele Kinder getötet (auch ihre Schwester kam um). Inzwischen seien 25 Jahre vergangen, und wieder seien amerikanische Raketen auf die Köpfe unserer Kinder, eurer Kinder gerichtet.

Übersetzung der eingeblendeten arabischen Schrift: „In Bab El Aziziah“ (oben), „Das Libyische Volk gedenkt des 25-jährigen Angriffs auf Libyen, wo der Angreifer verlor. Der Angreifer war Amerika und die Länder des Atlantiks“ (unten). alle Bilder: Screenshots aus dem Libyschen Staatsfernsehen, 14. oder 15.4.2011, Informationen nach: Sheema Press, gulfnews



„Verlasst unseren Himmel und nehmt eure Flugzeuge und Raketen mit!“

ner Tagung der EU-Außenminister in Luxemburg und der Libyen-Kontaktgruppe in Doha rotteten sich die Krieger zu guter letzt beim NATO-Gipfel am Freitag, 15. April, – ausgerechnet in Berlin – zusammen, um ein ultimatives Machtwort vom Stapel zu lassen. Immerhin merken auch bürgerliche Medien an, dass die Linie der NATO „zumindest für Irritationen“ Sorge. So schreibt der Südkurier zum Beispiel:

„Dass das Ende des Gaddafi-Regimes nun indirekt zu einem Ziel des Militäreinsatzes erklärt wird, sorgt zumindest für Irritationen. In der UN-Resolution, die den Militäreinsatz in Libyen begründet, ist von einer Absetzung Gaddafis keine Rede. Als Ziel ist dort der Schutz der Bevölkerung formuliert.

Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen erklärte den Zusammenhang zum Abschluss der Nato-Außenministerkonferenz folgendermaßen: »Die Nato ist absolut entschlossen, ihren Einsatz so lange fortzusetzen, wie es eine Bedrohung der libyschen Zivilbevölkerung gibt«, sagte er. »Und es ist unmöglich, sich vorzustellen, dass diese Bedrohung mit Gaddafi an der Macht verschwindet.«

Die immer schärfer werdende Forderung nach einem Abtritt Gaddafis soll nun auch die mit ins Boot holen, die sich nicht am Libyen-Krieg beteiligen – Angela Merkel zum Beispiel. Die Bundeskanzlerin forderte ebenfalls den Abtritt Gaddafis und bekräftigte die Bereitschaft Deutschlands, einen Beitrag zu einem humanitären Hilfseinsatz zu leisten. Der ist allerdings in weite Ferne gerückt. Die Vereinten Nationen sehen derzeit keinen Grund für militärischen Beistand für Hilfsaktionen. »Die Dinge verbessern sich Schritt für Schritt«, hieß es vom UN-Büro für humanitäre Hilfe.“<sup>8</sup>

### Das illegitime Kriegsziel wird von der Bundesregierung geteilt und leider auch von anderen

Die Bundeskanzlerin, der vor kurzem noch viele Pazifisten auf die Schulter geklopft haben, verfolgt also nicht nur das illegitime Ziel eines Abtritts Gaddafis, sondern bekräftigte auch die Bereitschaft „Deutschlands“, an einem so genannten „humanitären Hilfseinsatz“ teilzunehmen, womit der Einsatz deutscher Truppen auf libyschen Boden ge-

meint ist. Bereits am Donnerstag, 7. April, hatte der Außenminister im Bundestag verkündet, dass Bundeswehrosoldaten an einer humanitären Mission in Libyen beteiligt werden könnten - auf Uno-Anfrage, eingebettet in eine EU-Mission, ausgestattet mit einem Bundestagsmandat.

Mit arroganter Selbstverständlichkeit verkündete die EU in der Woche darauf (11.-17. April), dass man noch in der gleichen Woche mit einer entsprechenden Anfrage der UNO rechne. Diese Anfrage der UNO blieb zunächst aus und inzwischen kann man – wie oben aus dem Südkurier zitiert – vernehmen, dass die UNO derzeit einen solchen Militäreinsatz *ablehnt*. Auch die Begründung des UN-Büros für humanitäre Hilfe ist hochinteressant: *die Dinge verbesserten sich Schritt für Schritt*. Dies steht in scharfem Kontrast zu den Horrorberichten der Medien, nach denen die Regierungstruppen das libysche Volk nach allen Regeln der Kunst massakrieren würden.

Die junge Welt vom 15. April veröffentlicht weitere Einzelheiten, die klar machen, dass die UNO eine Ausweitung des Militäreinsatzes der Westmächte und vor allem einen Einmarsch von Bodentruppen klar ablehnt. Dies ist ein Faktum, das gar nicht hoch genug bewertet werden kann, und wirklich erstaunt nach allem, was sich die UNO zuvor gegenüber Libyen geleistet hat:

„Gleichzeitig setzte die NATO auf einer Außenministerkonferenz in Berlin ihre Vorbereitungen für eine Kriegsausweitung auf libyschen Boden fort. Das einzige, was dem westlichen Militärbündnis für einen als »humanitäre Hilfe« deklarierten Truppeneinmarsch in das nordafrikanische Land noch fehlt, ist eine förmliche Aufforderung durch die UNO. Genauer gesagt: durch deren Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten, OCHA. Aber dieser »Hilferuf« scheint nicht zu kommen. Die Chefaußenpolitikerin der EU, Catherine Ashton, hatte deshalb mit einem Brief an Ban Ki Moon Druck zu machen versucht. Mittlerweile traf bei Ashton eine klar abschlägige Antwort der zuständigen UN-Vertreterin Valerie Amos ein: Die Weltorganisation sei an dieser Sorte »Hilfe« nicht interessiert. »Wir dürfen unsere Fähigkeit, allen bedürftigen Menschen Hilfe zukommen zu lassen, nicht dadurch beeinträchtigen, dass wir mit laufenden militäri-

schen Operationen in Verbindung gebracht werden.«<sup>9</sup>

Valerie Amos hat eines der wichtigsten Ämter bei den Vereinten Nationen inne. Seit September 2010 hat sie das Amt der UN-Nothilfekoordinatorin (Under-Secretary-General and Emergency Relief Coordinator, USG/ERC) inne und ist folglich zugleich Leiterin des United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA). Ihr Brief an die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton vom 11. April ist auf verschiedenen Webseiten veröffentlicht worden.<sup>10</sup>

Interessant auch die Überschrift des schon erwähnten Artikels im Südkurier. Sie lautet: „NATO läuft die Zeit davon“. Diese etwas dunkle Aussage könnte man so verstehen, dass eine weitere Verlängerung des Bombenkrieges, der schon wochenlang läuft, und eine Intensivierung der Bombardements kaum noch militärischen Nutzen bringt und in jeder Hinsicht kaum noch durchgehalten werden kann: finanziell, technisch, militärisch und vor der Öffentlichkeit. Im Grunde sind die kriegführenden Nationen pleite, und haben wegen ihrer rigiden Haushaltspolitik immer heftigere Massenproteste am Hals – und diese Proteste richten sich zumindest in den USA und Großbritannien ganz deutlich auch gegen den Libyenkrieg. Zumindest in den USA handelt es sich bei dem Militäreinsatz um einen offenen Verfassungsbruch, gegen den Mitglieder des Kongresses Sturm laufen, weil der Präsident das Parlament übergangen habe. Die Strategie, in kürzester Zeit Libyen zu bombardieren was das Zeug hält, um eine schnelle Wende im Bürgerkrieg zu erzwingen, ist praktisch gescheitert – oder verlangt einen weit massiveren Einsatz im Luftkrieg, den nur die geballte Militärmacht der USA leisten kann. Dadurch würden aber alle genannten Probleme nur verschärft.

So kann man der Augsburger Allgemeinen von diesem Montag im Leitartikel entnehmen:

„Der französische Verteidigungsminister Gérard Longuet sagte in einem Zeitungsinterview, es gebe »ein gewisses Risiko, dass dieser Krieg dauert«. Die Washington Post berichtete unter Berufung auf Nato- und US-Vertreter, dass der Nato allmählich Präzisionsbomben und andere Munition ausgingen. Dies und die begrenzte Zahl von Flugzeugen lasse in Washington die Zweifel wachsen, ob sich die USA weiter zurückhal-

ten könnten.

Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) bezeichnete einen Bundeswehreininsatz in Libyen im Rahmen humanitärer Hilfe als »zurzeit nicht wahrscheinlich.«<sup>11</sup>

Die drei Führer des Krieges gegen Libyen, die NATO-Mächte und Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat repräsentieren, räumen in ihrem in den Medien veröffentlichten Brief ein, das UNO-Mandat für den Libyen-Einsatz umfasse zwar nicht den Sturz Ghadhafis. Es sei jedoch undenkbar, dass »jemand, der versucht hat sein eigenes Volk zu massakrieren, an dessen zukünftiger Regierung beteiligt ist«, schrieben sie. Das Kriegsziel ist also der Sturz des »Machthabers« und damit nicht mehr durch die UN-Resolution gedeckt, die den Schutz von Zivilisten vorgibt.

Dieses Kriegsziel wird von der politischen Klasse der BRD nahezu ausnahmslos geteilt. Dieses Ziel wird leider auch von Teilen der Linken und der Friedensbewegung befürwortet, wie schon im Teil 1 dieser Artikelserie angeschnitten.<sup>12</sup> Die weit verbreitete Akzeptanz des Kriegszieles dürfte auch der Grund sein für die Apathie in großen Bevölkerungskreisen gegenüber diesen erbarmungslosen Militärschlägen, die jetzt schon in die fünfte Woche gehen. Nicht einmal die NATO-Tagung am vergangenen Freitag, 15. April, in Berlin führte zu Protesten. Auf Indymedia findet sich jetzt ein Artikel einer »verwunderten«, die das völlige Nichtreagieren auf die NATO-Tagung als ein absolutes Armutszeugnis für die linke Bewegung in Berlin wertet.<sup>13</sup> Dabei hat sich Indymedia nicht gerade hervorgetan in der Libyen-Berichterstattung. Im Gegenteil, Ende Februar hetzte die Plattform noch gegen Gaddafi, als dann der Angriff des Westens kam, verhielt sich Indymedia ruhig – was ein Armutszeugnis gewissermaßen für die autonome Linke darstellt.

Der Angriff auf Libyen und das Verhalten von linken Politikern, von progressiven Medien und progressiven Bewegungen, wie der Flüchtlingsbewegung, zu dieser Aggression der NATO wird unabsehbare Folgen haben. So hat sich die im Irakkrieg und Gaza-Krieg so geschätzte Redaktion von Aljazeera ihren Ruf gründlich verdorben, weil sie das Lied des Scheichtum Katar singt, dessen Brot sie isst. Lothar Bisky, der Fraktionsvorsitzende der gemeinsamen Fraktion der Partei der Europäischen

Linken und der Nordisch grün-linken Allianz im Europäischen Parlament, hat im EU-Parlament nicht nur für eine militärische Intervention in Libyen bestimmt, sondern diese Resolution auch mit vorbereitet.<sup>14</sup> Die anderen Mitglieder der deutschen Fraktion der Linken im EU-Parlament legten zwar mehr oder weniger heftig Protest ein, aber die gemeinsame Fraktion der Europäischen Linkspartei GUE/NGL ist durch das Verhalten Lothar Biskys und anderer führender Vertreter aus Frankreich, Portugal et cetera schwer beschädigt. Wenn sich die Flüchtlingsbewegung, der bayerische Flüchtlingsrat et cetera, für syrische Flüchtlinge und gegen ihre Abschiebung einsetzen, so mag das ehrenwert sein. Aber der Tenor des Protestes richtet sich gleichzeitig ziemlich scharf gegen die syrische Regierung und ist Wasser auf die Mühlen der Westmächte, die Syrien sowieso schon lange auf der Liste haben. Der Protest ist insofern auch etwas blauäugig, denn es gibt offensichtlich Nachweise, dass die internationale Berichterstattung über die inneren Verhältnisse Syriens manipuliert sind.<sup>15</sup>

Verantwortlich für dieses geistige Elend sind nicht nur die Politiker der bürgerlichen Parteien und die Medien, die die Methode der Dämonisierung von Staatsführern – man denke an Slobodan Milosevic, Saddam Hussein oder jetzt eben Muammar al-Gaddafi – perfektioniert haben, sondern leider auch Leute wie zum Beispiel Otfried Nassauer, der als Friedensforscher gilt, oder auf internationaler Ebene Johan Galtung, der als einer der Gründungsväter der Friedens- und Konfliktforschung gilt.

Otfried Nassauer wittert in einem Beitrag im Freitag einen „Durchbruch für die Vorstellung, dass Interventionen aus humanitären Gründen künftig völkerrechtlich zulässig sind“. Das sei der NATO zu verdanken: „Das Bündnis übernimmt die Verantwortung für einen Präzedenzfall einer neuen Form der Intervention aus humanitären Gründen.“ Die Tatsache, dass es im UN-Sicherheitsrat keine Nein-Stimmen zur Resolution 1973 gab, wertet Otfried Nassauer so: „Niemand wollte die Verantwortung dafür übernehmen, dass es gegen einen Diktator, der die Opposition seines Landes an den Rand des Zusammenbruchs bringt und ihr blutige Rache schwört, keinen Militäreinsatz gibt.“<sup>16</sup> Gut zu wissen, dass Otfried Nassauer nicht nur

das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) leitet, sondern auch wissenschaftlicher Berater der Grünen im Bundestag ist. So kann man ahnen, woher der Wind bei den Grünen wehen wird.

Johan Galtung bewertet die Abstimmung im Sicherheitsrat zwar anders und wesentlich differenzierter, lässt sich aber auch auf eine Dämonisierung Gaddafis ein, die ganz selbstverständlich Militärschläge rechtfertigt. Er schreibt im Foreign Policy Journal: „Natürlich sollte niemand nur zuschauen, wie ein Regime seine eigene Bevölkerung abgeschlachtet – wie es passieren würde, wenn Gaddafi seine Reden war macht. Deshalb sollten alle anderen Mittel eingesetzt werden, einschließlich seegestützter Raketenangriffe auf seine Flugzeuge.“<sup>17</sup>

### Kritik von Russland – die BRICS-Staaten formieren sich zu einer Ablehnungsfront

Der offene und dreiste Rechtsbruch von drei Vetomächten im UN-Sicherheitsrat wird zur weiteren Entwertung des Völkerrechts und Demontage der UNO beitragen, deren wichtigste Aufgaben die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit sind.<sup>18</sup> Die Vereinten Nationen sind als zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 192 Staaten und als globale Internationale Organisation bislang ein uneingeschränktes anerkanntes Völkerrechtssubjekt, d.h. ein Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten, dessen Verhalten unmittelbar durch das Völkerrecht geregelt wird. Dieses Völkerrechtssubjekt wird durch die Staaten, die den Angriffskrieg gegen Libyen führen, schwer beschädigt – wobei die Bundesregierung diesen Angriff uneingeschränkt deckt und flankiert, auch wenn sie *bislang* keine eigenen Soldaten einsetzt.

Die russische Regierung kritisiert den Bombenkrieg der NATO-Staaten und erinnert daran, dass auch das „neue strategische Konzept“ der NATO, das mit dieser Operation erstmals zur Anwendung komme, die Einhaltung des Völkerrechts vorsehe. Der Schweizer Tages-Anzeiger schreibt zur russischen Kritik, die wir hier stellvertretend auch für andere Kritiken von den sich enthal-

tenden Mächten im Sicherheitsrat anführen:

„Der russische Außenminister sagte nach Beratungen des Nato-Russland-Rates am Freitag, die Strategie, erst mal «gehörig zu bombardieren», um dann mit Verhandlungen zu beginnen, funktionieren nur selten. Notwendig sei es nun, schleunigst einen politischen und diplomatischen Prozess auf den Weg zu bringen, bei dem die afrikanischen Nachbarstaaten eine führende Rolle spielten.

«Ultimaten von außen» seien nicht zielführend, betonte Lawrow in der deutschen Übersetzung. «Übermäßige» militärische Gewalt bringe zudem nur zusätzliche Opfer in der Zivilbevölkerung. Der Außenminister wies darauf hin, dass dies die erste Operation der Nato unter dem neuen strategischen Konzept sei. Dieses sehe auch die Einhaltung des Völkerrechts vor. Das Vorgehen der Allianz im Libyen-Konflikt werde zeigen, wie wirksam die Beschlüsse des Bündnisses seien.

Die Rolle des «Wachhunds» will Moskau Lawrow zufolge aber nicht übernehmen. Vielmehr müsse der Welt-Sicherheitsrat insgesamt darauf achten, dass seine Beschlüsse auch «strikt» eingehalten werden. In der «präzisen» Formulierung der Resolution 1973 seien weder Veränderungen des Regimes in Libyen noch der Einsatz von Bodentruppen vorgesehen. Allerdings sei der Mehrheit der Menschen bewusst, dass die Zukunft Libyens anders aussehen werde als die Vergangenheit.<sup>19</sup>

Die Kritik der russischen Regierung weist zwar auf einige krassen Fakten hin, ist aber angesichts des eklatanten Rechtsbruchs durch führende NATO-Staaten merkwürdig verhalten. Der russische Außenminister betont, es sei Sache des Weltsicherheitsrats und nicht Russlands, darauf zu achten, dass seine Beschlüsse eingehalten werden. Dabei qualifizierte Lawrow die Resolution 1973 als „präzise“ formuliert, sie sähe weder eine Änderung der Regierung in Libyen vor noch den Einsatz von Bodentruppen. Und das stimmt so leider nicht. Die Resolution 1973 ist nicht *präzise* formuliert, sondern absichtsvoll – unseres Wissens auf Drängen der USA – so *unbestimmt* und *vage* formuliert, dass sie eine Generalvollmacht zum Angriff der Westmächte auf Libyen darstellt. Insofern ist die Forderung, die UN-Resolution 1973 strikt einzuhalten, höchst problematisch, wie wir

## Gaddafi: „Binnenmeere und fremde Flotten“

7. August 2010

Es wird viel über den Erhalt des Weltfriedens, das Verhindern von Weltkriegen und die Befreiung der Menschen von diesem Joch, gesprochen. Wenn dies ernst gemeint ist und es sich nicht um die übliche Wahlpropaganda handelt, müssen gewisse Spielregeln vereinbart und von der ganzen Welt eingesetzt werden. Hauptsächlich geht es um eine totalen Abschaffung von Massenvernichtungswaffen und nicht um eine Teilweise, oder graduellen Reduzierung. Diese Frage könnte ausführlich in einem zukünftigen Aufsatz angesprochen werden. Die Meere sind das Thema dieses Aufsatzes. Wenn wir es erst mit der Erhaltung des Weltfriedens meinen, müssen wir den Mut haben, den folgenden, kleinen Schritt zu fassen: Es dürfen keine Militärflotten auf Binnenmeeren und Golfs, verkehren, mit Ausnahme derjenigen, der anliegenden Staaten. Hiermit meine ich das Mittelmeer, das Schwarze Meer, das Baltische Meer, das Rote Meer und den Arabischen-Persischen Golf...

Die Vereinten Nationen (UNO), müssen diesen Vorschlag annehmen. Gewisse arrogante Weltmächte die den Weltfrieden gefährden, interessieren sich nicht um das Wohlbefinden und die Sicherheit der Menschen. Wir rufen all diejenigen Institutionen auf, die die Sicherheit und das Gewissen der Menschheit, vertreten, diesen Vorschlag den Weltmächten aufzuerlegen. Sie müssen alle notwendigen Maßnahmen treffen, um die Anwesenheit von ausländische Militärflotten in Binnenmeeren zu verhindern. Offizielle Webseite von Al-Gadhafi [http://www.algathafi.org/html-german/cat\\_1\\_12.htm](http://www.algathafi.org/html-german/cat_1_12.htm)

Unter Berufung auf eigene Auslegungen des Seerechtsübereinkommens erklärte Libyen 1973 einen Großteil der Großen Syrte, nämlich den gesamten Bereich südlich des 32. Breitengrades (genauer: 32° 30' N; von Libyens Staatschef Muammar al-Gaddafi „Todeslinie“ genannt), zu seinen Hoheitsgewässern. Diese von den meisten nichtarabischen Staaten der Welt nicht anerkannte Ausbreitung in als international angesehenen Gewässer führte wiederholt zu militärischen Auseinandersetzungen, obwohl außer von und nach Libyen gehenden Verbindungen keine internationalen Schifffahrtswege durch die Syrte verlaufen. Die im Mittelmeer stationierte 6. US-Flotte führte dort wiederholt Manöver (freedom of navigation exercises) durch, die Libyen in die Schranken weisen sollten. 1981 und 1989 wurden jeweils zwei libysche

Kampfflotsen von im Mittelmeer stationierten Streitkräften der USA abgeschossen. 1986 wurden während der Operation Attain Document III / Prairie Fire in der Großen Syrte zwei libysche Kriegsschiffe durch U.S.-Streitkräfte versenkt... Wikipedia [http://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fe\\_Syrte](http://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fe_Syrte)

In der Nacht vom 14. auf den 15. April 1986 sandte Ronald Reagan Jagdbomber und Kampflugzeuge nach Libyen. Die «Operation El Dorado Canyon» sollte den libyschen Machthaber Muammar al-Ghaddafi ausschalten. Doch der ging schliesslich gestärkt aus dem Konflikt hervor.

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan schickte in der Nacht vom 14. auf den 15. April 1986 achtzehn Jagdbomber vom Typ General Dynamics F-111 und vier Kampflugzeuge nach Tripolis. Weitere Flugzeuge nahmen Kurs auf Benghazi. Die amerikanische Luftwaffe bombardierte in den beiden Städten militärische Einrichtungen, Kasernenkomplexe, den Marinehafen und die Flughäfen...

Was der Präsident [Reagan, Red.] in seiner Rede verschwiegen, war die Missbilligung des Einsatzes durch mehrere europäische Länder. Frankreich, Italien und Spanien erlaubten keine Überflüge. So mussten die Kampfbomber, die in Grossbritannien starteten, über die Strasse von Gibraltar in Richtung Libyen fliegen. Unterstützt wurden sie von drei Flugzeugträgern im Mittelmeer. Betankt wurden die Jagdbomber in der Luft...

Mitglieder von Ghadhafis Familie sind verletzt worden. Offiziell wurde gemeldet, seine 16 Monate alte Adoptivtochter Hana sei ihren Verbrennungen erlegen, und ausländische Korrespondenten berichteten,

sie hätten zwei junge Söhne Ghadhafis im Spital in Tripolis gesehen, einen vier- und einen fünfjährigen, die ebenfalls Verbrennungen erlitten hätten; man hoffe jedoch, ihr Leben retten zu können... NZZ Online 14.4.2011 [http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/bomben\\_auf\\_ghadhafi\\_1.10237361.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/bomben_auf_ghadhafi_1.10237361.html)

Bei der Kundgebung Aisha Gaddafis am 14. April in Bab El Aziziah, Tripolis sprach sie auch davon, dass 1911 ihr Großvater von den Italienern durch ein Luftbombardement umgebracht worden sei – dem ersten Bombenangriff mit Flugzeugen in der Militärgeschichte. 1986, als Aisha Gaddafi neun Jahre alt war, kam ihre kleine Adoptivschwester bei einem Luftangriff der USA ums Leben. Jetzt trachteten sie ihrem Vaters erneut nach dem Leben, was eine Schande sei.



**Mittelmeer, 19. März 2011. Der US-Lenk Waffen-Zerstörer USS Barry (DDG 52) feuert einen Tomahawk-Marschflugkörper auf ein Landziel in Libyen ab. Laut westlicher Medien hätten britische und US-Kriegsschiffe und U-Boote gleich zu Beginn der Operation Odyssey Dawn am 19. März mit 112 Cruise Missiles mehr als 20 Ziele vor allem im Westen an und nahe der Küste angegriffen: Luftabwehrstellungen rund um die Hauptstadt Tripolis und Misurata, Kommunikations- und Kommandoeinrichtungen...** Bild: gemeinfrei, Wikimedia Commons

noch zeigen werden. Richtig ist, dass die Resolution nicht zum Sturz der libyschen Regierung ermächtigt, aber der Einsatz von Bodentruppen ist nicht ausgeschlossen. Ausgeschlossen sind lediglich ausländische *Besatzungstruppen*.

In der angesprochenen Resolution des UN-Sicherheitsrats 1973 vom 17. März 2011 heißt es unter Punkt 4: „Der Sicherheitsrat ... ermächtigt die Mitgliedstaaten, die eine Notifizierung an den Generalsekretär gerichtet haben und die einzelstaatlich oder über regionale Organisationen oder Abmachungen und in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär tätig werden, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, ungeachtet der Ziffer 9 der Resolution 1970 (2011), um von Angriffen bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete in der Libysch-Arabischen Dschamahirija, einschließlich Bengasis, zu schützen, unter Ausschluss ausländischer Besatzungstruppen jeder Art in irgendeinem Teil libyschen Hoheitsgebiets...“<sup>20</sup>

Dass die Leitung der UNO jetzt mauert, dürfte der Opposition Russlands sowie seiner „Verbündeten“ geschuldet sein. Es handelt sich um die so genannte BRICS-Gruppe, also die Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, die sich am vergangenen Donnerstag in Sanya auf der südchinesischen Insel Hainan getroffen haben. Die junge Welt schreibt dazu:

„Die Gruppe repräsentiert insgesamt rund drei Milliarden Menschen. Alle fünf BRICS-Länder sind derzeit im UN-Sicherheitsrat vertreten. Bei der Abstimmung über die Libyen-Resolution 1973 hatte am 17. März nur Südafrika zugestimmt, während sich die anderen vier enthalten hatten. Inzwischen hat aber auch der südafrikanische Präsident Jacob Zuma am Wochenende bei einem Besuch in der libyschen Hauptstadt die NATO aufgefordert, ihre Luftangriffe einzustellen. In der Abschlusserklärung des gestrigen Treffens wurde ausdrücklich die von der NATO und den libyschen »Rebellen« abgelehnte Friedensinitiative der Afrikanischen Union begrüßt und unterstützt.“<sup>21</sup>

Hier formiert sich auf weltpolitischer Ebene eine Macht, die auf den westlichen Imperialismus unheimlich wirkt, und die der Friedensforscher Johan Galtung respektvoll als Empire bezeichnet. Galtung, dessen oben kritisierten Artikel man nicht ganz verwerfen sollte, bringt eine interessante Interpretati-

on des Abstimmungsverhaltens der BRIC-Staaten. Dieses Abstimmungsverhalten wurde ja von links kritisiert, weil diese Staaten sich „nur“ enthielten. Johan Galtung schreibt dazu:

„Ein näherer Blick auf die Abstimmung und was sie bedeutet, lohnt sich. Die Mehrheit der zehn von den 15 Mitgliedern des Sicherheitsrats ohne Vetorecht war klar genug, aber das westliche Trio – die USA, Frankreich und Großbritannien – repräsentieren weniger als eine halbe Milliarde Menschen. Die enthaltenden Nationen – Brasilien, Indien, Russland, China und Deutschland – umfassen beinahe die Hälfte der Menschheit. Politische Motive eines jeden einzelnen Mitglieds einmal beiseite gelassen, könnte die Enthaltung als etwas gesehen werden, das *jenseits* von einem Dagegenstimmen liegt: ein „Nein“ akzeptiert den Diskurs, auch als Gegenstimme, während eine Enthaltung den ganzen Ansatz verwirft.

Die deutsche Enthaltung bei der Abstimmung im Sicherheitsrat bedeutete, dass das größte europäische NATO-Mitglied ein Loch in eine Allianz sprengt, die vermeintlich auf Konsens basiert.

Wichtiger unter den Nationen, die sich enthielten, sind die beiden Säulen der Shanghai Cooperation Organization; ein Beobachter, Indien; und Brasilien, das größte Land in Lateinamerika. Insgesamt könnte die Abstimmung gesehen werden als der Westen gegen den Rest und eine Frontstellung der NATO gegen die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Und sie alle sprechen von einer vagen Alternative, Waffenstillstand und Vermittlung. Hoffentlich werden Sie diese Rhetorik in Aktion umsetzen und möglichst bald.

Die dritte Kraft ist der Islam ...

... es ist leicht zu erklären, warum die USA sich zurückziehen wollen. Die Amerikaner haben alle Gründe, das Empire nicht zu reizen und den Job den Verbündeten zu überlassen. Die USA sind bankrott und wollen die ökonomischen, militärischen und vor allem politischen Risiken teilen. Es gibt Geräusche im Kongress über die Verfassung und dass wir uns die Aktion nicht leisten können. Die NATO-Aktion hat alle Vorhersagen Gaddafis über die Kolonisatoren Afrikas – Großbritannien, Frankreich, Italien – bestätigt. Er kann nun eine zweite Revolution versuchen. Es mag sein, dass er nicht gewinnt, aber auch nicht verliert. Deswegen könnten Bodentruppen der NATO gebraucht werden. Das

könnte 20 Jahre Krieg und Besatzung bedeuten...“<sup>22</sup>

## Mamdani: Libyen – Die Politik der humanitären Intervention

In einem pointierten und scharfsinnigen Artikel handelt Mahmood Mamdani von der „Politik der humanitären Intervention“: „Libya: Politics of humanitarian intervention, The process of implementing the UN resolution on Libya was a poorly executed farce with no long-term foresight“<sup>23</sup>. Mahmood Mamdani ist Professor und Direktor des Makarere Instituts für Sozialforschung an der Universität Kampala. Beachtlich ist zunächst, dass es sich um eine kompetente Stellungnahme aus *Afrika* handelt. Beachtlich ist auch, *wo* dieser Artikel erschien. Nämlich auf der englischen Seite von Al Jazeera – natürlich mit dem Hinweis, dass die Ansichten im Artikel die des Autors sind und nicht unbedingt die der Herausgeber von Al Jazeera darstellen. Über den sehr lesenswerten Blog „Nachgetragen“ von Joachim Guillard sind wir auf eine Übersetzung des Artikels von Professor Mamdani gestoßen.<sup>24</sup> In einem kurzen Vorwort schreibt Joachim Guillard:

„Der ugandische Professor für Sozialforschung Mahmood Mamdani warnt in dem unten auf Deutsch eingefügten Al Jazeera-Artikel davor, dass die »humanitäre« Intervention in Libyen ähnliche Folgen haben wird, wie im Irak und Afghanistan.

Er beschreibt, wie durch die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats der Eindruck erweckt wird, es handle sich um eine internationale Mission, tatsächlich jedoch sogar die Sanktionen, das Sperren von Konten etc. eine Sache weniger Staaten ist (die sich dabei sogar noch auf Kosten Libyens bereichern).

Die vollen politischen Kosten des Krieges, so er Erfolg hat, würden deutlich werden, wenn die Anti-Gaddafi-Koalition ans Ruder kämen, die radikale Islamisten, Royalisten, Stammesvertreter und pro-westliche Mittelschichtsaktivisten umfasse.“

Hier nun der Artikel von Mahmood Mamdani, in einer Übersetzung aus dem Englischen von Heinz Eckel:

„Libyen: Die Politik der humani-

## tären Intervention

### Der Prozess der Implementierung der UN-Resolution zu Libyen war eine schlecht durchgeführte Farce ohne langfristige Voraussicht

von Mahmood Mamdani

Al Jazeera, 31.3.2011

Irak und Afghanistan lehren uns, dass eine humanitäre Intervention nicht mit der Beseitigung der Gefahr, auf die sie vorgeblich abzielt, endet.

Sie beginnt bloß damit. Wenn das Ziel aus dem Weg geräumt ist, nimmt die Intervention zu und wird zum eigentlichen Problem. Das ist der Grund, warum die Begrenzung der Diskussion über die Intervention in Libyen auf die angegebene Begründung – die Rettung des Lebens von Zivilisten – gerade mal an der politischen Oberfläche kratzt.

Die kurze Dauer der Intervention in Libyen legt nahe, dass wir beim Schreiben ihrer Biographie zwischen Begründung und Ausführung unterscheiden. Die Begründung war ein interner Vorgang im UN-Sicherheitsrat, die Ausführung ist es aber nicht.

Zusätzlich zur Bewilligung einer »Flugsicherheitszone« und zur Verschärfung der Sanktionen gegen »das Gaddafi-Regime und seine Unterstützer« forderte die Resolution 1973 »alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Zivilisten, die von Angriffen im Land einschließlich Bengazis bedroht werden«. Gleichzeitig schloss sie ausdrücklich »eine fremde Besatzungsmacht in irgendeiner Form« oder »in irgendeinem Teil des libyschen Territoriums« aus.

## UNO-Konflikte

Das Vorgehen der UNO ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Zum einen wurde die Resolution mit 10 Jastimmen und fünf Enthaltungen durchgebracht.

Die sich enthaltenden Regierungen – Russland, China, Indien, Brasilien, Deutschland – repräsentieren die große Mehrheit der Menschheit.

Obwohl die Afrikanische Union sich gegen eine äußere Intervention entschieden und zu einer politischen Lösung des Konflikts aufgerufen hatte, stimmten die beiden afrikanischen Regierungen im Sicherheitsrat – Südafrika und Nigeria – zugunsten der Resolution.

Seitdem wiederholten sie aber die Sichtweise der sich enthaltenden Regierungen, dass sie nicht das Ausmaß im Sinne hatten, welches die Intervention

derzeit erreicht hat.

Die zweite bemerkenswerte Sache hinsichtlich des Vorgehens der UNO ist, dass der Sicherheitsrat, obwohl er für den Prozess der Begründung eine zentrale Rolle einnahm, bei deren Ausführung am Rande steht.

Die russischen und chinesischen Vertreter beklagten, dass die Resolution unbestimmt ließ, »wie und durch wen die die Maßnahmen in Kraft gesetzt werden und bis zu welchen Grenzen sie gehen dürfen«.

Nach Genehmigung der Intervention überließ der Sicherheitsrat ihre Umsetzung allen und jedem und »ermächtigte die Mitgliedsstaaten, national oder vermittels regionaler Organisationen oder Absprachen zu handeln«.

Wie bei jedem Recht war auch dieses nur in der Theorie für alle gültig; in der Praxis konnte es nur von denen ausgeübt werden, die die Mittel dazu besaßen. Als der Knüppel vom UN-Sicherheitsrat zu USA und NATO übergang, wurde seine Politik deutlicher.

## Der Weg des Geldes

Hinsichtlich der Kontensperrung und des Waffenembargos forderte die Resolution den Generalsekretär auf, eine achtköpfige Expertengruppe zu bilden, die das Sicherheitsratskomitee bei der Überwachung der Sanktionen unterstützen sollte.

Libysche Anlagen befinden sich hauptsächlich in den USA und in Europa, und sie belaufen sich auf Hunderte Milliarden Dollar: das US-Finanzministerium sperrte 30 Milliarden Dollar an flüssigem Kapital, US-Banken 18 Milliarden. Was Wichtiges wird mit diesen Guthaben geschehen?

Da es keine ausdrückliche Bestimmung für sie gibt, werden die Guthaben in Beute verwandelt, in zinslose Darlehen, in diesem Fall für die US-Staatskasse und für US-amerikanische Banken.

Wie schon bei der Militärintervention gibt es auch hinsichtlich der in Kraft tretenden Sanktionsmaßnahmen nichts Internationales. So betrachtet ist der internationale Prozess nichts als eine Legitimationsübung.

Während die Legitimation international ist, wird die Umsetzung privatisiert, wobei die Initiative an die stärksten Mitgliedsstaaten übergeben wird. Das Endergebnis ist eine selbstgemachte »Koalition der Willigen«.

Krieg unterstützt viel Interessen. Jeder Krieg ist ein Laboratorium für das Testen der nächsten Waffengeneration. Es ist wohlbekannt, dass der Irakkrieg zu mehr zivilen als militärischen Opfer führte.

Damals wurde diskutiert, ob diese Schäden beabsichtigt waren oder nicht. In Libyen geht es in der Diskussion um Fakten. Sie verweist auf die Tatsache, dass USA und NATO dabei sind, eine neue Generation von Waffen zu perfektionieren, die für die Kriegsführung in Städten entwickelt und so gestaltet wurden, dass sie Kollateralschäden minimieren.

Das Ziel ist, physische Anlagewerte mit minimalen Kosten an Menschenleben zu zerstören. Die Kosten für die Menschen in Libyen werden von anderer Art sein. Je mehr materielle Anlagen zerstört werden, desto weniger unabhängig wird die nächste Regierung in Libyen sein.

## Libyens Opposition

Die vollen politischen Kosten werden in der Übergangszeit deutlich werden. Die Anti-Gaddafi-Koalition umfasst vier verschiedene politische Richtungen: radikale Islamisten, Royalisten, Stammesvertreter und säkulare Mittelschichtsaktivisten, die von einem westlich orientierten Bildungssystem produziert wurden.

Von diesen haben nur die radikalen Islamisten, speziell die organisatorisch mit Al Kaida verbundenen, Kampferfahrung.

Sie – genauso wie die NATO – haben kurzfristig am meisten zu gewinnen durch einen Prozess, der stärker militärisch als politisch ist. Aus diesem Grund wird der wahrscheinlichste Ausgang einer militärischen Lösung in Libyen ein Bürgerkrieg vom Afghanistan-Typ sein.

Man möchte meinen, dass das den Mächten klar sein müsste, die den gegenwärtigen Krieg gegen Libyen unternehmen, weil es dieselben Mächte waren, die den Krieg in Afghanistan wagten. Aber bisher haben sie wenig Interesse an einer politischen Lösung gezeigt. Verschiedene Tatsachen weisen darauf hin.

Der Delegation der Afrikanischen Union, die nach Libyen geschickt wurde, um mit Col. Gaddafi Gespräche mit dem Ziel einer politischen Lösung des Konflikts zu beginnen, wurde die Er-

laubnis, über Libyen zu fliegen – und so in Tripolis zu landen – von den NATO-Mächten verweigert.

Die New York Times berichtete, dass libysche Panzer auf der Straße nach Bengazi aus der Luft nach Art des Irakkriegs bombardiert wurden, als sie sich zurückzogen, und nicht, als sie auf dem Vormarsch waren.

Die beiden Piloten des US-Kampffjets F-15 E, der bei Bengazi abstürzte, wurden von US-Kräften am Boden gerettet, hinsichtlich derer jetzt zugegeben wurde, dass es sich um CIA-Einsatzkräfte handelte – eine klare Verletzung der Resolution 1973, die auf einen frühen Einsatz von Bodentruppen hinweist.

Die Logik einer politischen Lösung wurde von US-Außenministerin Hillary Clinton in einem anderen Zusammenhang verdeutlicht: »Wir haben klargestellt, dass Sicherheitsmaßnahmen alleine die Herausforderungen nicht bewältigen kann, denen sich Bahrain gegenüber sieht. Nicht Gewalt ist die Antwort, sondern ein politischer Pro-

zess«.

Dass Clinton gegenüber dieser Logik taub war, als es um Libyen ging, legt Zeugnis davon ab, dass sich das Verfolgen von Interessen bisher dem Lernen politischer Lektionen aus vergangenen Kriegen, vor allem dem Afghanistankrieg, entgegengesetzte.

Marx schrieb einmal, dass sich wichtige Ereignisse in der Geschichte quasi zweimal ereignen – das erste mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce. Er hätte hinzufügen sollen, dass die Farce für ihre Opfer mit einer Tragödie verbunden ist.<sup>25</sup>

• Mahmood Mamdani ist Professor und Leiter des Makerere-Instituts für Sozialforschung an der Makerere-Universität in Kampala, Uganda, und Herbert Lehman ist Professor of Government an der Columbia-University in New York. Er ist der Autor von (zuletzt) »Guter Moslem, böser Moslem: Amerika, der Kalte Krieg und die Wurzeln des Terrors«, und von »Retter und Überlebende: Darfur, Politik und der Krieg gegen

den Terror«.

*Original: Libya: Politics of humanitarian intervention, Al Jazeera, 31.3.2011*

*Übersetzung aus dem Englischen: Heinz Eckel*

*Jguilliard – 4. Apr“*

## Rechtsbrüche noch und noch – eine verbrecherische Politik der Westmächte, die jeder Beschreibung spottet

Mahmood Mamdani schreibt: „Jeder Krieg ist ein Laboratorium für das Testen der nächsten Waffengeneration.“ Das das gilt nicht nur für US-Waffen. Der Militärjournalist Thomas Wiegold schrieb am 14. April: „Wenn ich das richtig sehe, ist es die erste Kampfmision eines Eurofighter im Luft-Boden-Einsatz, wenn nicht der erste scharfe Kampfeinsatz des Eurofighter überhaupt: In Libyen nutzt die britische Luftwaffe den international Typhoon genannten Kampffjet für Angriffe auf libysche Panzer.“ Und er fügte hinzu: „Mal ganz wertfrei gesagt: Der Stempel battle proven hat vermutlich Auswirkungen auf die Verkaufschancen des Eurofighters?“<sup>26</sup>

Mahmood Mamdani spricht in dem oben zitierten Artikel auch die libyschen Gelder an, die unter Punkt 19-21 der UN-Resolution 1973 „Einfrieren von Vermögenswerten“ fallen: „Da es keine ausdrückliche Bestimmung für sie gibt, werden die Guthaben in Beute verwandelt, in zinslose Darlehen, in diesem Fall für die US-Staatskasse und für US-amerikanische Banken.“

Das gleiche gilt natürlich auch für die Bundesregierung. Der Spiegel deckte einen Vermerk des Bundeswirtschaftsministers Brüderle auf, nachdem die Summe auf den gesperrten deutschen Konten des libyschen Staates mit 4,15 Milliarden beziffert wird. Rainer Brüderle scheint nicht nur vor zu haben, diese Gelder als zinslose Darlehen in Beute zu verwandeln. Brüderle will die in Deutschland eingefrorenen Gelder der libyschen Regierung zur Finanzierung nicht näher genannter „weiterer Hilfsmaßnahmen“ verwenden.<sup>27</sup> im Zweifelsfall werden diese Gelder von der Bundesregierung – sinnigerweise vom Bundeswirtschaftsminister – für deutsche Interessen, gegen die libysche Regierung verwendet.

Ob das noch im Einklang mit der Fassung der UN-Resolution 1973 in Punkt



20.3.2011 Ein F-16-Kampfflugzeug der US-Luftwaffe wird aus einem Bunker auf der Luftwaffenbasis Spangdahlem gewiesen zur Unterstützung der Joint Task Force (JTF) Odyssey Dawn – also zum Angriff auf Libyen. Spangdahlem ist Teil der 3rd Air Force mit Sitz in Ramstein Air Base. Auf der Basis Spangdahlem bei Trier, Rheinland-Pfalz, arbeiten auch 800 deutsche Angestellte. Was soll das Gerede, „Deutschland“ würde sich an dem Luft- und Seekrieg gegen Libyen nicht beteiligen? Was geschieht dann da in Spangdahlem? Die F-16 im Bild sieht nicht danach aus, als ob sie mit Hilfsgütern für die libysche Bevölkerung beladen wäre. 1986 beim US-Überfall auf Libyen (Operation El Dorado Canyon) sollen nicht nur Frankreich, Italien und Spanien, sondern auch Deutschland die Überflugrechte für US-Militärmaschinen verweigert haben. Von dieser Option ist bei der Operation Odyssey Dawn nicht die leiseste Rede in Deutschland. Bild: Wikimedia Commons [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:F-16\\_emerges\\_from\\_shelter.jpg?uselang=de](http://commons.wikimedia.org/wiki/File:F-16_emerges_from_shelter.jpg?uselang=de)

20 steht, wollen wir infrage stellen. Dort heißt es: „... bekräftigt seine Entschlossenheit, dafür zu sorgen, dass die gemäß Ziffer 17 der Resolution 1970 (2011) eingefrorenen Vermögenswerte zu einem späteren Zeitpunkt so bald wie möglich dem Volk der Libysch-Arabischen Dschamahirija zur Verfügung gestellt werden und zugute kommen...“<sup>28</sup>

Die Bundesregierung ist bzw. war militärisch auch gar nicht so abstinenter, wie sie tut. In der Operation Pegasus wurden unter Beteiligung von bis zu 1000 Bundeswehrsoldaten, darunter schwer bewaffnete Sondereinheiten, Zivilisten aus Libyen evakuiert. Die Marine hat mit drei Schiffen und 700 Soldaten 450 Menschen, die aus Libyen nach Tunesien geflohen waren, nach Ägypten gebracht. Für diesen Bundeswehreininsatz wie auch für die militärische Überwachung des libyschen Luftraums im Vorfeld des Krieges hatte die Bundesregierung kein Mandat, hatte also das deutsche Parlament rechtswidrig übergangen, wie Inge Höger in einer Bundestagsrede feststellte.<sup>29</sup>

Auf internationaler Ebene wurde bereits mit der UN-Resolution 1970 eine Kriminalisierung Gaddafis und des libyschen Regierungspersonals versucht, indem nicht nur Sanktionen über Libyen verhängt wurden, sondern auch eine Überweisung an den Internationalen Strafgerichtshof festgelegt wurde.<sup>30</sup> In einem ausgezeichneten und weitblickenden Artikel von Diana Johnstone, der bereits am 7. März erschien, fragt diese: „Eine weitere NATO-Intervention? Libyen: ist das die Neuauflage des Kosovo?“ und behandelt verschiedene Parallelen zum Kosovokrieg wie zum Beispiel die Dämonisierung der Anführer. „Das Gespenst »Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und »Genozid« wird heraufbeschworen, um den Krieg zu rechtfertigen“, lautet ein eigener Abschnitt in ihrem Artikel. Hier kommt Diana Johnstone zu dem Schluss: „So kann also die Überweisung eines Landes an den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs den Vorwand liefern, Krieg gegen dieses Land zu führen!“ Wir wollen diesen Abschnitt zitieren:

„Das Gespenst »Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und »Genozid« wird heraufbeschworen, um den Krieg zu rechtfertigen.

Wie damals beim Kosovo wird ein interner Konflikt zwischen einer Regierung und bewaffneten Rebellen zur

»humanitären Krise“ erklärt, in der nur eine Seite, nämlich die Regierung, als »Verbrecher« hingestellt wird. Diese Vorverurteilung wird zum Ausdruck gebracht durch die Einschaltung einer internationalen Gerichtsinstitution, die die Verbrechen untersuchen soll, die angeblich begangen worden sind oder von denen zu erwarten ist, dass sie begangen werden. In seinem Kommentar machte Geoffrey Robertson kristallklar, wie der Internationale Strafgerichtshof ICC benutzt wird, um letztendlich eine militärische Intervention vorzubereiten. Er erklärte, dass der ICC vom Westen benutzt werden kann, um das Risiko eines Vetos im UN-Sicherheitsrat gegen eine Militäraktion zu umgehen.

»Im Fall Libyens hat der Rat zumindest einen wichtigen Präzedenzfall gesetzt, indem er einstimmig einen Verweis an den Internationalen Strafgerichtshof befürwortete. [...] Was geschieht also, wenn die nicht verhafteten libyschen Verklagten ihre Verbrechen verschlimmern – z.B. indem sie kaltblütig ihre Gegner, mögliche Zeugen, Zivilisten, Journalisten oder Kriegsgefangene aufhängen oder erschießen?« [Man beachte, dass bis jetzt weder »Verklagte« noch Beweise für »Verbrechen“ vorliegen, die diese angeblich auf verschiedene vorstellbare Arten »verschlimmern« könnten. Aber Robertson kann es nicht erwarten, eine Möglichkeit für die NATO zu finden, »den Fehdehandschuh aufzugreifen«, falls der UN-Sicherheitsrat entscheidet, nichts zu unternehmen.]

»Die Mängel im UN-Sicherheitsrat erfordern die Anerkennung eines eingeschränkten Rechts, nach dem eine Allianz wie die NATO ohne dessen Mandat Gewalt einsetzen darf, um die Begehung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen. Dieses Recht tritt in Kraft, sobald der Rat eine Situation als eine Bedrohung des Friedens auf der Welt identifiziert hat (und er hat Libyen als solche identifiziert, indem er die Angelegenheit einstimmig an den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs überwies hat).«

So kann also die Überweisung eines Landes an den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs den Vorwand liefern, Krieg gegen dieses Land zu führen! So nebenbei soll die Rechtsprechung des ICC angeblich nur für Staaten gelten, die seine Gründungsurkunde ratifiziert haben, was, soweit mir bekannt ist, bei Libyen nicht der Fall ist –

auch nicht bei den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein großer Unterschied ist jedenfalls, dass die Vereinigten Staaten von Amerika zahllose Unterzeichnerstaaten überreden, zwingen oder bestechen konnten, Vereinbarungen abzuschließen, nach denen sie niemals und unter keinen Umständen versuchen werden, amerikanische Übeltäter an den ICC zu überweisen. Dieses ist ein Privileg, das Gaddafi vorenthalten wird.

Robertson, ein Mitglied des UNO-Rechtsausschusses, schließt: »Die Verpflichtung, den Massenmord an Unschuldigen zu stoppen, so gut wir können, wenn sie unsere Hilfe erbitten, führt dazu, dass der Einsatz von Gewalt durch die NATO nicht nur ‚gerechtfertigt‘ ist, sondern ‚rechters.‘«<sup>31</sup>

Den Westmächten gelang es also schon mit der Resolution 1970, sich mithilfe des ICC-Tricks, also der vorsorglichen Überweisung an den Strafgerichtshof, einen Vorwand für eine Militärintervention zu schaffen, für den Fall, dass diese im UN-Sicherheitsrat abgelehnt würde. Vollends bodenlos ist es, dass diese Strategie sogar noch mit einem Mitglied des UNO-Rechtsausschusses (Robertson) entwickelt wurde.

Hinzu kommt, dass die Aggression der NATO gegen Libyen nicht einmal durch den eigenen NATO-Vertrag gedeckt ist. Selbst die Augsburger Allgemeine deutet so was an:

„Man sieht: Auch dieser auf den ersten Blick gerecht anmutende, völkerrechtlich legitimierte Krieg kann in einem Desaster enden und seine hehren Ziele verfehlen. Die Nato führt erstmals Krieg, ohne dass ihr Bündnisgebiet unmittelbar bedroht wäre. Es geschieht im Namen der Menschenrechte, doch um den Preis hoher, von der Bundesregierung zu Recht beschworener Risiken. Erst am Ende werden wir wissen, ob diese Intervention – trotz der unvermeidlichen zivilen Opfer – richtig war und ihren Zweck erfüllte...“<sup>32</sup>

In einem sehr empfehlenswerten Special „Libyenkrieg - Die Fakten hinter der Propaganda“ des Blogs „Hinter der Fichte“ heißt es hierzu:

„Das ist eine Aggression die nicht einmal durch den eigenen NATO-Vertrag gedeckt ist. Daher das Zögern.

Artikel 5 des Nato-Vertrages:

»Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie



**Fist Crushing a U.S. Fighter Plane Sculpture.** Die Skulptur, die eine goldene Faust zeigt, ein US-Kampfflugzeug vernichtend, mahnt an die Bombardierung Libyens durch die US-Luftwaffe 1986. Sie steht auf dem Bab al-Azizia-Gelände in Tripolis, einem damaligen Zielgebiet. Die Skulptur wurde in der libyschen Medienberichterstattung vielfach erwähnt, als Gaddafi am 22. Februar und am 20. März dieses Jahres sprach und schwor, als Märtyrer zu sterben. Die goldene Faust ist keine Kraftmeierei, es sollen 1986 tatsächlich fünf US-Kampfflugzeuge oder mehr durch die libysche Luftabwehr heruntergeholt worden sein. Bild: Wikipedia English

alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet,... , um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.« Trifft auch nur irgendeine dieser Bedingungen auf den Krieg gegen Libyen zu? Angriff auf NATO, Selbstverteidigung, Europa, nordatlantisches Gebiet...?<sup>33</sup>

Der entscheidende Punkt, der Knackpunkt des Völkerrechtsbruchs, dürfte aber die UN-Resolution 1973 selbst sein. Sie war von Anfang an umstritten, und wird auch von den Mitgliedsstaaten im Sicherheitsrat unterschiedlich, inzwischen fast diametral interpretiert. Ausführlicher wollen wir das in einem Folgeartikel behandeln. Hier nur soviel: Professor Werner Ruf sah in der Resolution 1973 selbst einen Verstoß gegen Art. 2 Abs. 7 der Charta<sup>34</sup>, während der linke Völkerrechtler Norman Paech über das Neue Deutschland verbreitete, dass er den Beschluss des UNO-Sicherheitsrates zwar politisch für fragwürdig, aber rechtlich ohne Zweifel für haltbar (Art. 39 und 42) halte.<sup>35</sup> Sozusagen bahnbrechend für den kritischen Diskurs in Deutschland war die Stellungnahme von Reinhard Merkel in der FAZ vom 22. März, in der er die Militärintervention gegen Gaddafi trotz der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats als

illegitim bezeichnete.<sup>36</sup>

Bei Wikipedia ist die Position Reinhard Merckels so zusammengefasst:

„Reinhard Merkel, Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg, beurteilt die Resolution und die Militärintervention in Libyen, die sich auf sie beruft, als völkerrechtswidrig. Das militärische Eingreifen in einen Bürgerkrieg auf fremdem Territorium sei durch zahlreiche völkerrechtliche Normen verboten, so etwa in Artikel 3 des Zweiten Zusatzprotokolls zu den Genfer

Konventionen von 1977 oder in der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs im Streitfall »Nicaragua v. U.S.A.« von 1986. Ein militärisches Eingreifen von außen sei nur im Extremfall zulässig, wenn nämlich ein Völkermord oder ein systematisches Verbrechen gegen die Menschlichkeit gemäß Artikel 7 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs verhindert werden müsse. Nur dann sei eine humanitäre Intervention legitim.«<sup>37</sup>

Danach kann es also nicht nur darum gehen, der NATO und der westlichen Kriegskoalition einen Bruch der Resolution 1973 vorzuhalten, sondern es muss die Resolution 1973 wohl selbst infrage gestellt werden, da sie völkerrechtswidrig zu Stande kam und gegen die eigenen Prinzipien bzw. Satzung der UNO verstößt. In diese Richtung geht Jörg v. Paleske, der konsequent argumentiert, dass der Beschluss des UN Sicherheitsrats nicht rechtmäßig und damit unwirksam war: „Libyen wird derzeit von verschiedenen Staaten und von der Nato massiv und mit schweren Waffen angegriffen. Die Behauptung, diese Gewaltmaßnahmen seien gerechtfertigt, weil es einen Beschluss des Sicherheitsrates gäbe, der dies gestatte, ist frei erfunden. Einen solchen Beschluss gibt nicht.«<sup>38</sup>

In eine ähnliche Richtung geht auch das Memorandum der International Progress Organization, Wien, von Dr. Hans Köchler.<sup>39</sup> Dieses Memorandum ging an den Präsidenten des Sicherheitsrats und den Generalsekretär der Vereinten

Nationen ging. Gestützt darauf wandte sich der Vorsitzende des Deutschen Freidenkerverbandes, Klaus Hartmann, an alle Bundestagsfraktionen.<sup>40</sup>

*Peter Feininger, 20.4.2011  
wird fortgesetzt*

1 junge Welt 16.4.2011 <http://www.jungewelt.de/2011/04-16/064.php>

2 nach junge Welt ebd.

3 BESCHLUSS 2011/210/GASP DES RATES vom 1. April 2011 über eine Militäroperation der Europäischen Union zur Unterstützung humanitärer Hilfseinsätze als Reaktion auf die Krisensituation in Libyen („EUFOR Libya“) - Amtsblatt der Europäischen Union, April 5, 2011. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:089:0017:0020:DE:PDF>

4 Auszüge, zitiert nach: EUFOR Libya mit deutscher Beteiligung geplant - Augen geradeaus, April 7, 2011. <http://augengeradeaus.net/2011/04/eufor-libya-mit-deutscher-beteiligung-geplant/>

5 EUFOR Libya mit deutscher Beteiligung geplant - Augen geradeaus, April 7, 2011, ebd.

6 EUFOR Libya & l'OCHA : je t'aime, moi non plus!, Nicolas Gros-Verheyde, 19 April, 2011 – Bruxelles2 <http://www.bruxelles2.eu/afrique/maghreb/quelques-complements-dinformation-sur-eufor-libya-locha.html>

7 nach den Angaben bei „Stand-by für Libyen? Das deutsche EU-Battlegroup-Dispositiv: Augen geradeaus“, April 13, 2011. <http://augengeradeaus.net/2011/04/stand-by-fur-libyen-das-deutsche-eu-battlegroup-dispositiv/>

8 Nato läuft die Zeit davon – SÜDKURIER Online, April 17, 2011. <http://www.suedkurier.de/news/brennpunkte/politik/Nato-laueft-die-Zeit-davon;art410924,4835972>

9 Die Waffen nieder!, von Knut Mellenthin - junge Welt, April 15, 2011. <http://www.jungewelt.de/2011/04-15/053.php>

10 darunter: EUFOR Libya: Das schwierige Verhältnis von OCHA und EU : Augen geradeaus, April 20, 2011. <http://augengeradeaus.net/2011/04/eufor-libya-das-schwierige-verhaeltnis-von-ocha-und-eu/>

11 Augsburgs Allgemeine 18.4.2011

12 Die Enthaltung Deutschlands im Sicherheitsrat – eine undurchsichtige Sache. Die wundersame Wandlung von Claudia Roth / Christian Ruck entpuppt sich als Falke / Das Jagdbombergeschwader im Lechfeld ist einsatzbereit – [http://www.forumaugsburg.de/s\\_3themen/Internationales/110413\\_angriff-auf-libyen\\_1/artikel.pdf](http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Internationales/110413_angriff-auf-libyen_1/artikel.pdf)

13 de.indymedia.org | Die Nato tagt in Berlin ohne Protest, April 16, 2011. <http://de.indymedia.org/2011/04/304827.shtml>

14 Von der Europäischen Linkspartei hatten Lothar Bisky (Linkspartei, Deutschland), Marie-Christine Vergiat (Front de Gauche, Frankreich) und Miguel Portas (Bloco de Esquerda, Portugal) die Resolution mit eingebracht. Bisky ist er der Fraktionsvorsitzende der gemeinsamen Fraktion der Partei der Europäischen Linken und der Nordisch grün-linken Allianz im Europäischen Parlament (GUE/NGL). Er war noch bis zum Mai letzten Jahres an der Seite von Oskar Lafontaine Vorsitzender der deutschen Linkspartei und bis zum Dezember ebenfalls Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken. Marie-Christine Vergiat ist Schatzmeisterin der GUE/NGL und die Chefin ihrer französischen Delegation. „Lothar Bisky

stimmt für militärische Intervention in Libyen, von Lucas Adler - World Socialist Web Site", März 17, 2011. <http://www.wsws.org/de/2011/mar2011/link-m17.shtml>

15 siehe den Artikel Umlenken in Damaskus, Syriens Präsident Assad kündigte Reformen an: Ausnahmezustand soll aufgehoben werden. Internationale Berichterstattung manipuliert, von Karin Leukefeld - junge Welt, April 18, 2011. <http://www.jungewelt.de/2011/04-18/039.php>

16 Libyen-Krieg: Operation am offenen Herzen, Die NATO hat das Oberkommando für die Militäroperationen übernommen und verschafft dem Prinzip Schutzverantwortung einen Präzedenzfall, Ottfried Nassauer – Der Freitag, März 31, 2011. <http://www.freitag.de/politik/1113-operation-am-offenen-herzen>

17 Libya: The War is On, by Johan Galtung - Foreign Policy Journal, März 31, 2011. <http://www.foreignpolicyjournal.com/2011/03/31/libya-the-war-is-on/>, eigene Übersetzung

18 [http://de.wikipedia.org/wiki/Vereinte\\_Nationen](http://de.wikipedia.org/wiki/Vereinte_Nationen)

19 Tages-Anzeiger 15.4.2011 [http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/LibyenEinsatz-Scharfe-Kritik-aus-Moskau/story/19068350?dossier\\_id=852](http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/LibyenEinsatz-Scharfe-Kritik-aus-Moskau/story/19068350?dossier_id=852)

20 Resolution 1973 (2011) verabschiedet auf der 6498. Sitzung des Sicherheitsrats am 17. März 2011, Vereinte Nationen, zitiert nach <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/un-sr-res-1973.pdf>

21 Die Waffen nieder!, Von Knut Mellenthin - junge Welt, April 15, 2011. <http://www.jungewelt.de/2011/04-15/053.php>

22 eigene Übersetzung nach: Libya: The War is On, by Johan Galtung - Foreign Policy Journal, März 31, 2011. <http://www.foreignpolicyjournal.com/2011/03/31/libya-the-war-is-on/>

23 Libya: Politics of humanitarian intervention, The process of implementing the UN resolution on Libya was a poorly executed farce with no long-term foresight, Mahmood Mamdani - Al Jazeera English, März 31, 2011. <http://english.aljazeera.net/indepth/opinion/2011/03/201133111277476962.html>

24 Libyen: Die Politik der humanitären Intervention, Der Prozess der Implementierung der UN-Resolution zu Libyen war eine schlecht durchgeführte Farce ohne langfristige Voraussicht, von Mahmood Mamdani - zitiert nach: Nachgetragen, Blog von Joachim Guillard, Übersetzung aus dem Englischen: Heinz Eckel, Original: Libya: Politics of humanitarian intervention, Al Jazeera, 31.3.2011, April 04, 2011. <http://jghd.twoday.net/stories/mamdani-libyen-politik-der-humanitaeren-intervention/>

25 Libyen: Die Politik der humanitären Intervention, Der Prozess der Implementierung der UN-Resolution zu Libyen war eine schlecht durchgeführte Farce ohne langfristige Voraussicht, von Mahmood Mamdani - Al Jazeera, März 31, 2011. <http://jghd.twoday.net/stories/mamdani-libyen-politik-der-humanitaeren-intervention/>

26 Libyen: Eurofighter im Luft-Boden-Einsatz : Augen geradeaus, April 14, 2011. <http://augengeradeaus.net/2011/04/libyen-eurofighter-im-luft-boden-einsatz/>

27 lt. Süddeutsche Zeitung 16.4.2011 <http://www.sueddeutsche.de/politik/krieg-in-libyen-europas-vorrat-an-precisionsbomben-wird-knapp-1.1086147>

28 Resolution 1973 (2011) verabschiedet auf der 6498. Sitzung des Sicherheitsrats am 17. März 2011, Vereinte Nationen, zitiert nach <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/un-sr-res-1973.pdf>

sr-res-1973.pdf

29 [http://www.inge-hoeger.de/im\\_bundestag/reden/detail/zurueck/reden-9/artikel/gegen-die-indirekte-beteiligung-der-brd-am-libyen-krieg/](http://www.inge-hoeger.de/im_bundestag/reden/detail/zurueck/reden-9/artikel/gegen-die-indirekte-beteiligung-der-brd-am-libyen-krieg/)

30 Vereinte Nationen, Resolution 1970 (2011) verabschiedet auf der 6491. Sitzung des Sicherheitsrats am 26. Februar 2011 [http://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_11/sr1970.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_11/sr1970.pdf)

31 Eine weitere NATO-Intervention? Libyen: ist das die Neuauflage des Kosovo? Diana Johnstone - Gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung, März 7, 2011. [http://www.antikrieg.com/aktuell/2011\\_03\\_20\\_eineweitere.htm](http://www.antikrieg.com/aktuell/2011_03_20_eineweitere.htm)

32 AZ 1.4.2011

33 Libyenkrieg - Die Fakten hinter der Propaganda, Hinter der Fichte, <http://hinter-der-fichte.blogspot.com/p/libyenkrieg-fakten.html>

34 Prof. Werner Ruf schreibt im Neuen Deutschland: „Dieser Krieg wird von einigen Mitgliedern des Sicherheitsrats gewollt, und damit wird er geführt. Das ist eine schwere Beschädigung auch der Vereinten Nationen und eine Verletzung des Artikels 2, Absatz 7 ihrer Charta. Hier geht es nicht nur um den Krieg gegen Libyen – es geht auch um eine Demontage des Völkerrechts.“

Verhandlungslösungen gründlich verbaut, Prof. Dr. Werner Ruf – Neues Deutschland, März 23, 2011. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/193829.verhandlungslösungen-gründlich-verbaut.html?sstr=werner%20ruf>

35 Verlogene Argumente der »Koalition der Willigen«, Norman Paech: Menschenrechte kann man nicht mit Krieg sichern - Neues Deutschland, März 22, 2011. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/193665.verlogene-argumente-der-koalition-der-willigen.html>

36 Völkerrecht contra Bürgerkrieg: Die Militärintervention gegen Gaddafi ist illegitim, Reinhard Merkel, FAZ 22.3.2011 <http://www.faz.net/s/Rub87AD10DD0AE246EF840F23C9CBC-BED2C/Doc-ED1054B1A2C78441F8F32CC4486887553-ATpl-Ecommon-Sspezial.html>

37 [http://de.wikipedia.org/wiki/Resolution\\_1973\\_des\\_UN-Sicherheitsrates](http://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_1973_des_UN-Sicherheitsrates)

38 Die UNO und der Überfall auf Libyen, Jörg v. Paleske - Gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung, März 29, 2011. [http://www.antikrieg.com/aktuell/2011\\_03\\_29\\_dieuno.htm](http://www.antikrieg.com/aktuell/2011_03_29_dieuno.htm)

Nachtrag: Die UNO und der Überfall auf Libyen, Jörg v. Paleske - Gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung, März 31, 2011. [http://www.antikrieg.com/aktuell/2011\\_03\\_31\\_nachtrag.htm](http://www.antikrieg.com/aktuell/2011_03_31_nachtrag.htm)

39 „Alle notwendigen Mittel“ – Vereinte Nationen gegen Libysch-Arabische Dschamahirija: Humanitäre Intervention oder Kolonialkrieg?

Memorandum des Präsidenten der International Progress Organization über die Sicherheitsratsresolution 1973 (2011) und ihre Umsetzung durch eine "Koalition der Willigen" unter der Führung der Vereinigten Staaten und der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation. Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff [http://www.freidenker.org/cms/dfv/index.php?option=com\\_content&view=article&catid=1%3Alatest-news&id=305%3Aalle-notwendigen-mittel&Itemid=27](http://www.freidenker.org/cms/dfv/index.php?option=com_content&view=article&catid=1%3Alatest-news&id=305%3Aalle-notwendigen-mittel&Itemid=27)

United Nations vs. Libyan Arab Jamahiriya: Humanitarian Intervention or Colonial War? - I.P.O. News Release, 28 March 2011, März 28, 2011. <http://i-p-o.org/IPO-nr-UN-Libya-28Mar.htm>

40 Aggression gegen Libyen beenden! Völkerrecht verteidigen! Offener Brief an die Fraktionen des Deutschen Bundestags [http://www.freidenker.org/cms/dfv/index.php?option=com\\_content&view=article&id=306:aggression-](http://www.freidenker.org/cms/dfv/index.php?option=com_content&view=article&id=306:aggression-)

[gegen-libyen-beenden-voelkerrecht-verteidigen &catid=1:latest-news&Itemid=27](http://www.forumaugsburg.de/gegen-libyen-beenden-voelkerrecht-verteidigen&catid=1:latest-news&Itemid=27)